Stand: 08.09.2025 02:34:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5953

"Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5953 vom 27.03.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/8166 des SO vom 29.09.2015
3. Beschluss des Plenums 17/8388 vom 15.10.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 54 vom 15.10.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 27.03.2015 **Drucksache 17/5953**

# Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass unter möglichst weitgehendem Einbezug des Forderungskatalogs des Antrags der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag vom 6. Mai 2003 „Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter“ (BT-Drs. 15/924) auf eine humanitäre Geste im Sinne einer angemessenen Entschädigung für Personen hingewirkt wird, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staats- oder Volkszugehörigkeit durch fremde Staatsgewalt während des Zweiten Weltkriegs und der Zeit unmittelbar danach zur Zwangsarbeit herangezogen wurden;
2. dem Landtag in regelmäßigen Abständen, aber mindestens einmal im Kalenderjahr über den Sachstand der Bemühungen mündlich und schriftlich zu berichten.

**Begründung:**

Millionen Deutsche erlitten während des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach durch ihren Einsatz als Zwangsarbeiter großes Unrecht, indem sie in Lagerhaft Opfer von Gewalt und Willkür wurden. Diese Personen sind trotz häufiger politischer Forderungen bislang nicht durch den deutschen Gesetzgeber oder die für die Gewaltmaßnahmen verantwortlichen Staaten entschädigt worden. Nachdem die Opferzahl altersbedingt immer stärker abnimmt, ist es mehr als höchste Zeit, durch eine angemessene Entschädigung geschehenes Unrecht symbolisch auszugleichen. Nur durch eine innenpolitische Lösung, wie sie im Bundestag bereits vor beinahe zwölf Jahren zur Abstimmung stand, kann dies in der gebotenen zeitlichen Kürze erreicht werden. Die Staatsregierung soll sich deshalb auf Bundesebene für eine entsprechende symbolische Entschädigungszahlung einsetzen, die sich möglichst am Forderungskatalog des in Rede stehenden Antrags der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag vom 6. Mai 2003 orientieren sollte. Dieser zielt auf eine Erarbeitung eines Gesetzentwurfs ab, der eine humanitäre Geste für Personen vorsieht, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staats- oder Volkszugehörigkeit durch fremde Staatsgewalt während des Zweiten Weltkriegs und danach zur Zwangsarbeit herangezogen wurden. Der Gesetzentwurf wäre dabei so zu gestalten, dass eine Einmalzahlung, vergleichbar der für die NS-Zwangsarbeiter geschaffenen Regelung, für in Deutschland und für im Ausland lebende Antragsberechtigte ermöglicht würde. Ferner sei danach eine Einrichtung vorzusehen, die die Verwaltung und Auszahlung der für diese Einmalzahlung vorgesehenen Geldmittel und die Verfahren zur Antragstellung durchführt. Neben der Ermittlung der nach einem solchen Gesetz Antragsberechtigten soll ebenso die finanzielle Ausstattung eines von der Einrichtung zu verwaltenden Entschädigungsfonds sichergestellt werden. Ebenso gelte es gemäß dem Forderungskatalog sicherzustellen, dass die Entschädigungszahlungen die Leistungsberechtigten nach Maßgabe des Gesetzes auch tatsächlich in voller Höhe erreicht.

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 29.09.2015 **Drucksache 17/8166**

# Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration**

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/**5953**

**Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter**

## I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In Nr. 1 wird nach dem Wort „Bundesebene“ das Wort „weiterhin“ eingefügt.
2. In Nr. 2 werden die Worte „mündlich und“ gestrichen.

Berichterstatter: **Dr. Hans Jürgen Fahn**
Mitberichterstatter: **Dr. Hans Reichhart**

## II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 25. Juni 2015 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 29. September 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

**Joachim Unterländer**
Vorsitzender

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 15.10.2015 **Drucksache 17/8388**

# Beschluss

**des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**5953**, 17/**8166**

**Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter**

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass unter möglichst weitgehendem Einbezug des Forderungskatalogs des Antrags der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag vom 6. Mai 2003 „Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter“ (BT-Drs. 15/924) auf eine humanitäre Geste im Sinne einer angemessenen Entschädigung für Personen hingewirkt wird, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staats- oder Volkszugehörigkeit durch fremde Staatsgewalt während des Zweiten Weltkriegs und der Zeit unmittelbar danach zur Zwangsarbeit herangezogen wurden;
2. dem Landtag in regelmäßigen Abständen, aber mindestens einmal im Kalenderjahr über den Sachstand der Bemühungen schriftlich zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures**: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

# Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

| | |
|---|---|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (G) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. Juli 2015 (Vf. 9-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Einrichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Bayerische Rundfunk“ (Bayerisches Rundfunkgesetz – BayRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 2003 (GVBl. S. 792, BayRS 2251-1-S), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 291 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286)
PII-G1310.15-0006
Drs. 17/8109 (G)

   I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.

   II. Der Antrag ist unbegründet.

   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | A | Z |

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. Juli 2015 (Vf. 10-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des

   1. § 48 Abs. 1, des § 58 Abs. 1 Nr. 1, des § 64 Abs. 1, Abs. 3 Satz 1 Nr. 4, Abs. 6 Nrn. 1 und 4 sowie des § 66 Abs. 9 Satz 2 Nr. 4 der Schulordnung für die Mittelschulen in Bayern (Mittelschulordnung – MSO) vom 4. März 2013 (GVBl. S. 116, BayRS 2232-3-K), zuletzt geändert durch § 2 Nr. 25 des Gesetzes vom 12. Mai 2015 (GVBl. S. 82),
   2. Art. 54 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2015 (GVBl. S. 183)

   PII/G1310.15-0005
   Drs. 17/8110 (E)

   I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
   II. Der Antrag ist unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. August 2015 (Vf. 12-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Art. 3 Abs. 1 Satz 2, Art. 6, 15 Abs. 1, Art. 16 Abs. 1 Satz 2, Art. 21, 22 Abs. 2 Nr. 2 und Art. 26 des Gesetzes über den Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie der einstweiligen Unterbringung (Bayerisches Maßregelvollzugsgesetz – BayMRVG) vom 17. Juli 2015 (GVBl S. 222,BayRS 312-3-A)
   PII/G1310.15-00007
   Drs. 17/8111 (ENTH)

   I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
   II. Der Antrag ist unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | ENTH |

**Anträge**

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter
Drs. 17/5953, 17/8166 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berufspraktika für Asylsuchende ermöglichen
Drs. 17/6543, 17/8167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| A | Z | Z | Z |

6. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Joachim Unterländer, Petra Guttenberger u.a. CSU
Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter
Drs. 17/6777, 17/8168 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stimmrecht in der Frankfurter Fluglärmkommission beibehalten
Drs. 17/6825, 17/8183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vereinslandschaft in Bayern schützen – Rechtssicherheit im Mindestlohngesetz für den Sportbereich und das Ehrenamt schaffen
Drs. 17/6829, 17/8169 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | A | Z | A |

9. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Verhinderung betrügerischer Abrechnungen von Laborleistungen
Drs. 17/6861, 17/8178 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| A | Z | Z | Z |

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Kathi Petersen, Johanna Werner-Muggendorfer u.a. SPD
Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens durch muslimische Geistliche in den Justizvollzugsanstalten in Bayern
Drs. 17/6863, 17/8179 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

11. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Beschäftigungserlaubnisse für Asylbewerber und Geduldete aus sicheren Herkunftsstaaten bzw. für Asylbewerber, deren Asylantrag aus sonstigen Gründen als offensichtlich unbegründet abgelehnt worden ist
Drs. 17/6864, 17/8180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| A | Z | Z | Z |

12. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Potenziale nutzen – Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen verbessern
Drs. 17/6865, 17/8170 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| A | Z | Z | Z |

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neustrukturierung der Mitgliedschaft in der Frankfurter Fluglärmkommission nicht zu Lasten des Bayerischen Untermains
Drs. 17/6959, 17/8184 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

14. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD
Fichtelgebirge wertschätzen – Tourismus stärken
Drs. 17/6965, 17/8176 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Tierzucht in Bayern
Drs. 17/6989, 17/8240 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

16. Antrag der Abgeordneten Michael Brückner, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Bericht zur Kennzeichnung von Geflügelprodukten/Stopfleber mit Zwangsernährung und zu einem möglichen Importverbot von Geflügel-Stopfleber („Foie gras“)
Drs. 17/7000, 17/8097 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. und Fraktion (CSU)
Unabhängige Patientenberatung beibehalten
Drs. 17/7679, 17/8082

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege,
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Unabhängige Patientenberatung beibehalten
Drs. 17/7680, 17/8081

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege,
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unabhängige Patientenberatungsstellen sicherstellen!
Drs. 17/7682, 17/8083

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege,
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Auffangstation Raubtier- und Exotenasyl in Ansbach beim Kauf der bestehenden Anlage bzw. bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten unterstützen
Drs. 17/6740, 17/7832

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen,
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**